



Sitzungsvorlage

Fachbereich	Aktenzeichen	Vorlagen-Nr.	
FB IV	902.43; 022.32; 022.15; 902.01	FA 6/2015	
↓ Beratungsfolge	↓ TOP-Nr.	Öffentlich / nicht Öffentlich	↓ Sitzungstermin
Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen	7.	öffentlich	01.12.2015
Verwaltungsausschuss	19.	nichtöffentlich	02.12.2015
Rat der Stadt Norderney	21.	öffentlich	10.12.2015

**Jahresrechnung 2011 der Stadt Norderney;
Kenntnisnahme vom Prüfungsbericht des Landkreises Aurich
Beschlussfassung über die Jahresrechnung 2011 und Entlastung des Bürgermeisters**

Sachverhalt

Mit Beginn des Haushaltsjahres 2011 hat die Stadt Norderney die Umstellung auf das neue kommunale Rechnungswesen vorgenommen. Dafür war zunächst nach umfangreichen Arbeiten und Vorbereitungen eine Eröffnungsbilanz zu fertigen, die dem Rat gemeinsam mit dem letzten kameralen Jahresabschluss am 26.09.2012 zur Beschlussfassung vorgelegt wurde.

Aufgrund sowohl technischer, sachlicher und auch personeller Probleme konnte die bereits in 2012 begonnene Jahresrechnung 2011 erst zum 31. Juli diesen Jahres endgültig fertiggestellt und auch gleichzeitig dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Aurich (RPA) vorgelegt werden. Die Prüfung des RPA wurde Ende September abgeschlossen.

Nachdem alle Bemerkungen des oben genannten Prüfungsberichtes vom 23.09.2015 ausgeräumt oder mit einer Stellungnahme versehen sind, ist der Abschluss zusammen mit dem Bericht dem Rat der Stadt nach Beratung im Fach- und Verwaltungsausschuss zur Kenntnis zu geben. Zusätzlich ist über die Entlastung des Bürgermeisters zu beschließen.

Das Rechnungsprüfungsamt (RPA) hat in seinem Prüfungsbericht folgendes festgestellt:

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2011 der Stadt Norderney, bestehend aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilergebnisrechnungen und Teilfinanzrechnungen, Bilanz und Anhang nach § 156 NKomVG hat ergeben, dass

- der Haushaltsplan bis auf die über- und außerplanmäßigen Auszahlungen eingehalten ist,
- die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung angewendet worden sind,

- im Geld- und Vermögensverkehr der Gemeinde im Wesentlichen nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften, deren örtlichen Ergänzungen durch Satzungen und andere ortsrechtliche Bestimmungen und unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren worden ist,

- der Jahresabschluss sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden , Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Ein- und Auszahlungen enthält und

- der Jahresabschluss die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage darstellt.

Die Ergebnisrechnung 2011 schließt nach der Korrektur der Eröffnungsbilanz mit einem ordentlichen Ergebnis von -46.078,11 € ab. Das außerordentliche Ergebnis ergibt sich mit -12.626,12 €, so dass das Gesamtergebnis mit – 58.704,33 € nahe dem geplanten Wert von - 50.000,- € liegt. Siehe dazu auch Seite 15 und 19 der Jahresrechnung und Seite 33 des Berichtes des RPA des Landkreises Aurich. Das Gesamtergebnis wird auf neue Rechnung vorgetragen und von dem Überschuss des Folgejahres ausgeglichen.

Im Übrigen erhält der Prüfungsbericht folgende Bemerkungen:

Tz 1: Das RPA empfiehlt der Stadt, ein Verzeichnis aller durch die Stadt durchgeführten Vergaben zu führen, um so eine ständige Möglichkeit zur Ausgabenkontrolle in diesem Bereich zu haben.

Die wesentlichen Anteile der kommunalen Vergaben ergeben sich im Bereich der kommunalen Bauverwaltung im Rahmen der Gebäudeunterhaltung oder für investive Maßnahmen. Die ausschreibenden Stellen TDN und FB III werden hierzu ab 2016 jeweils ein Bestandsverzeichnis der gem. VOB, VOF oder VOL durchgeführten Ausschreibungsverfahren führen. Weitere Vergaben der anderen Fachbereiche werden entsprechend fachbereichsweise eigenverantwortlich nach Maßgabe des Vergaberechts/der Vergaberichtlinien durchgeführt. Im Wesentlichen handelt es sich um Vergaben im Rahmen des kommunalen Investitionsprogrammes (investiv). Die freihändigen Vergaben andersartiger Leistungen ließen sich nicht vergleichbar in eine Übersicht integrieren.

Tz 2.: Das RPA stellt fest, dass die Haushaltssatzung 2011 nicht termingerecht (vor Beginn des Haushaltsjahres 2011, § 114 Abs. 1 NKomVG) beschlossen und der Aufsichtsbehörde vorgelegt wurde.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Aufgrund der erstmals zu erfüllenden jährlich wesentlich umfangreicheren Vorbereitungen eines doppischen Haushalts konnte dieser, auch aus programmtechnischen Gründen, erst am 02.03.2011 im Ausschuss für Haushalt und Finanzen beraten werden. Nach Druck des Planes und Beratung in VA und Rat (31.03.2011) wurden die weiteren Verfahrensschritte ohne Zeitverzögerung durchgeführt.

Tz. 3.: Das RPA empfiehlt, dass die Stadt Norderney als verantwortlicher Gesellschafter weiterhin auf die WBN (heute SWN) einwirken sollte, Möglichkeiten der Ertragserhöhung beim Haus der Insel und beim Flughafen Norderney zu ermitteln und umzusetzen. Besonders gilt dies für den Flugplatz, der Verlust aus dem Betrieb des Flugplatzes hat sich von 2006 bis 2011 verdoppelt.

Es findet in regelmäßigen Abständen eine Abstimmung zwischen dem Geschäftsführer der WBN und dem Bürgermeister der Stadt Norderney statt. In diesem Rahmen werden auch

wirtschaftliche Maßnahmen und Entwicklungen besprochen. Die Risiken sind vertretbar.

Zu berücksichtigen ist, dass die Flughafen Norderney GmbH zum einen zur Daseinsvorsorge gehört und zum anderen von der Auslastung her nicht kostendeckend zu betreiben ist. Lt. Beschluss des Aufsichtsrates der WBN am 20.06.2012 sollen zur Reduzierung des Verlustes die Landegebühren angehoben werden.

Für das Haus der Insel wurde bereits in der Vergangenheit sehr intensiv nach einer politisch tragfähigen Lösung gesucht, die die Verluste entweder gänzlich abbauen oder zumindest erheblich verringern soll. Die derzeitige Beschlusslage sieht vor, das Haus der Insel durch einen Investor abreißen zu lassen und eine neue Gestaltung des Theaterplatzes vorzunehmen. Die Durchführung dieser Maßnahme führt in der Folge zum Abbau der diesbezüglichen Verluste.

Tz 4.: Das RPA weist darauf hin, dass die in 2011 entstandenen über- und außerplanmässigen Aufwendungen und Auszahlungen noch durch den Rat zu genehmigen sind.

Die über- und außerplanmäßigen Auszahlungen aus 2011 werden im Rahmen der Tagesordnung der Ratssitzung am 10.12.2015 zur Kenntnis genommen und genehmigt.

Tz 5.: Das RPA empfiehlt, die notwendigen Organisationspläne und Arbeitsplatzbewertungen zu vervollständigen sowie Personalbedarfsberechnungen durchzuführen.

Der Aufgabenbestand der Verwaltung hat sich wie im Prüfzeitraum dargestellt nicht grundlegend verändert. Festzustellen bleibt jedoch, dass sowohl die Qualität als auch die Quantität dieser Aufgaben einem stetig steigendem Anspruch und Pensum unterliegen und zusätzlich den Ansprüchen kommunaler Leistungen im Kontext einer qualitativ hochwertigen Tourismusdestination gerecht werden müssen. Diese Anforderungen formen den Personalbedarf neben einem Grundaufgabenbestand zusätzlich.

Auch auf Grund dieses Wandels unterliegen die einzelnen Stellen einer regelmäßigen Betrachtung. Gleiches gilt für die Organisationsstruktur des Hauses. Insbesondere bei Neueinstellungen und strukturellen Veränderungen sollen die betroffenen Stellen neu bewertet werden. Auf Grund wesentlicher anstehender Veränderungen im Bereich der Ämter- und Aufgabenverteilung des Hauses (Angedachte Splittung des Fachbereiches Organisation und Finanzen in 2012) steht eine grundsätzliche Veränderung der Organisationsstruktur an. Eine mögliche (Neu)Bewertung der Stellen kann sinnvollerweise erst nach dieser Umstrukturierung erfolgen.

Eine methodische Personalbedarfsberechnung hat diverse Ansatzmöglichkeiten. Eine partielle Bedarfsbetrachtung soll immer bereits im Rahmen der Stellenbewertungen erfolgen, da diese im Einzelnen nicht losgelöst von der Aufgabenstruktur der zugeordneten Fachbereiche erfolgt. Darüber hinaus soll mittelfristig durch die Verwaltung (ggf. extern vergeben) eine strukturierte, fachbereichsweite Überprüfung der Stellenbewertungen erfolgen. Dies setzt eine flächendeckende Ermittlung der zeitanteilig festzustellenden Aufgaben jeder besetzten Stelle voraus und eröffnet eine Grundlage für verschiedene Ansätze einer Personalbedarfsberechnung.

Bedarfsgerecht erfolgen im Zweifelsfall darüber hinaus Einzelbedarfsberechnungen, wie im dargestellten Fall der zu reinigenden Flächen.

Rahmen und Zeitfenster der vorgenannten Betrachtungen ist noch unklar, da diese einen im personellen Bestand schwer zu leistenden Arbeitsaufwand mit sich bringen. Erste vorbereitende Maßnahmen wurden im Jahr 2012 begonnen.

- Anlagen:**
1. Jahresabschluss 2011 mit Anhang und Anlagen
 2. Bericht des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Aurich

Finanzielle Auswirkungen

- ☐ Nein
☐ Ja, mit

Gesamtkosten der Maßnahmen
(Beschaffungs-Herstellungskosten)
Euro

- ☐ Jährliche Folgekosten/ lasten
☐ Einmalig
Euro

Beschlussvorschlag

Vom Prüfungsbericht des Landkreises Aurich über die Prüfung der Jahresrechnung 2011 der Stadt Norderney wird Kenntnis genommen.

Die Jahresrechnung 2011 wird wie vorgelegt beschlossen und dem Bürgermeister wird die Entlastung gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG erteilt. Der Fehlbetrag wird auf neue Rechnung vorgetragen und vom Überschuss des Folgejahres ausgeglichen.

Norderney, 24.11.15

Der Bürgermeister

(Ulrichs)